

## Manipulationsvorwürfe unbegründet

**Berlin, 31.08.07.** Der Deutsche Rat für Public Relations weist die pauschalen Vorwürfe der Schleichwerbung und Manipulation zurück, die derzeit gegen die PR-Stellen von Bundesministerien und ihre PR-Agenturen erhoben werden. Wenn staatliche Behörden ihre Öffentlichkeiten über die Ausgabe schriftlicher Presseinformationen hinaus mit sendefähigen Beiträgen für den Rundfunk oder Matern für Printmedien oder mit wörtlichen Zitaten einer Ministerin und Bildmaterial bedienen und dazu PR-Agenturen einsetzen, so ist das unanfechtbar und legitim.

Solche zusätzlichen Informationsmittel gehörten schon immer zu einer professionellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und diese zu leisten ist eine der Aufgaben von Ministerien und Behörden. „Wer solche Dienste der Schleichwerbung zurechnet,“ stellt Dr. Horst Avenarius, Vorsitzender des PR-Rates fest, „hat Schleichwerbung nicht verstanden.“ Sie liege dann vor, wenn in Medien platzierte Botschaften mit Geld abgegolten – erschlichen - werden, sei es durch direkte Zahlungen oder angekoppelte Anzeigenaufträge.

Der Deutsche Rat für Public Relations reagierte mit dieser Stellungnahme auf die Forderung des DJV-Vorsitzenden, „Regierungsschleichwerbung“ zu stoppen. Sie läge nach seinen Worten beim Bundesfamilienministerium „in Reinform vor und habe nichts mit kritischem Journalismus zu tun“. Der PR-Rat sieht hier eine Verwechslung zweier Aufgabengebiete. Gute PR-Arbeit sei stets selbstkritisch, und Journalismus habe PR-Arbeit vor ihrer Verwertung kritisch zu prüfen. Auch muss es seiner autonomen Entscheidung überlassen sein, PR-Aussendungen zu verwenden oder zu verwerfen.

Der Deutsche Rat für Public Relations wird jeder Form von Schleichwerbung nachgehen, die ihm bekannt wird. Beschwerden gegen die PR-Agentur Flaskamp wegen möglicher Koppelungsangebote werden daher zur Zeit geprüft. Aber geprüft werden könnte auch, ob ein öffentlich geäußerter Vorwurf der „Regierungsschleichwerbung“ durch den DJV nicht unter das Verbot der Manipulation fällt. Solche pauschalen Vorwürfe gehörten gestoppt, meint Avenarius.